

vorher beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegenzunehmen, und zwar zum voraus jahresweise

Der Sozialdemokrat

erschient wöchentlich einmal in London. Verlag der German Cooperative Publishing Co. L. Bernstein & Co., London N.W. 114 Kentish Town Road.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Beste an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung zu erster Vorfrist abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Besche nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen einzuschreiben.

Zum ersten Mai.

Wir haben uns in unserer Voraussicht nicht getäuscht. Die Frage, wie soll die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie ihre berufene Vertreterin erblickt, den ersten Mai feiern, ist gelöst. So scharf die Meinungen sich gegenüberstehen schienen, so bittere Worte auch in der Hitze der Debatte gefallen sind, in dem Augenblick der Entscheidung siegte das Bewußtsein der Notwendigkeit einmütigen Vorgehens, und wenn auch der erste Mai die Klassenbewußte Arbeiterklasse in Deutschland nicht im Paradenmarsch wird aufmarschieren sehen, so wird er sie doch in allen ihren Theilen in Bewegung setzen, jede Abtheilung in ihrer Weise, nach ihren Verhältnissen demonstrierend, aber doch alle von dem gemeinsamen Gedanken befeuert: ein in selbständigen Zügen in der gleichen Richtung marschierendes Heer zielbewusster Streiter.

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages, die am 13. April in Halle a. S. verammelt war, veröffentlicht folgenden, von allen Mitgliedern, mit Ausnahme des in Untersuchungshaft befindlichen Genossen Kunert, unterschriebenen Aufruf:

An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Der internationale Arbeiterkongress, welcher am 14. Juli des vorigen Jahres in Paris zusammentrat, sagte in der Sitzung des 19. Juli folgenden Beschluß:

Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden herabzusetzen und die übrigen Beschäftigten des internationalen Kongresses von Paris zur Ausföhrung zu bringen.

In Anbetracht der Thatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund (Föderation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 in St. Louis abgehaltenen Kongress für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen. Dies ist der Wortlaut des Beschlusses in möglichst treuer Uebersetzung.

Der Kongress hat also nicht vorgeschrieben, auf welche Weise die Kundgebung des 1. Mai bewerkstelligt werden soll. Die Art und Weise der Ausföhrung ist dem Ermessen der Arbeiter der verschiedenen Länder überlassen worden.

Zusäherndere ist nicht davon die Rede gewesen, daß am 1. Mai die Arbeit ruhen solle. Wäre eine derartige Ansicht ausgesprochen worden, so wäre sie auf einschläfernden Widerstand gestoßen, ebenso wie der Vorschlag, einen allgemeinen Streik zu organisieren, welcher Vorschlag von deutscher Seite bekämpft und von dem Kongress zurückgewiesen wurde.

Der Zweck des Beschlusses war, eine gleichzeitige Kundgebung der Arbeiter aller Länder zu veranlassen, um die Einheitslichkeit der Bestrebungen aller Arbeiter zu klarem Ausdruck zu bringen. In der Einheitslichkeit und Allgemeinheit der Kundgebung liegt ihr Werth. Es muß also Alles vermieden werden, was der Kundgebung diesen imposanten Charakter der Einheitslichkeit und Allgemeinheit nehmen könnte.

Ein allgemeines Ruhen der Arbeit löst sich unter den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen unmöglich erwarten; im Wesentlichen dieselben Gründe, die den Kongress veranlassen, den allgemeinen Streik zu verwerfen, stellen sich auch dem Plan einer solchen allgemeinen Arbeitseier, dem allgemeinen Ruhenlassen der Arbeit für die Dauer eines bestimmten Tages, entgegen.

Zu diesen Erwägungen kommen noch politische Bedenken; es liegt in der Natur der Dinge, daß die Feinde der Arbeiterschaft in Deutschland jetzt Alles anstreben, um den Arbeitern die Früchte des Sieges vom 20. Februar d. J. zu entreißen. Wer die Propaganda der Bourgeoisie heft, erzieht aus denselben, daß die Feinde der Arbeiterschaft auf den 1. Mai große Hoffnungen setzen. Sie hoffen und wünschen, daß die Kundgebung des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen werde.

Unter solchen Umständen können wir es mit unserem Gewissen nicht vereinigen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, daß sie den 1. Mai zu einem Tage allgemeiner Arbeitseier machen.

Ein solcher Beschluß würde nicht durchzuführen sein; er würde in den Arbeiterkreisen selbst vielfach auf Widerstand stoßen; er würde möglicherweise wirtschaftliche und politische Konflikte von unabsehbarer Tragweite veranlassen, und dem Zweck der Manifestation nur Abbruch thun.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nöthig, „Heerschau“ zu halten nach dem großen Aufmarsch und Sieg vom 20. Februar.

Was, worauf es ankommt, und das, was der Pariser Kongress gewollt hat, ist eine allgemeine, imposante Kundgebung der Arbeiter zu Gunsten des Achtstundentages und der nationalen und internationalen Arbeiterklasse.

In jedem Fall rechnen wir in all diesen Dingen auf die kräftige Mitwirkung der Arbeiterpresse. Sind nicht überall Redner vorhanden, welche in Versammlungen die Beschlüsse begründen können, so werden sich doch überall tüchtige Genossen finden, welche die Resolution, deren Wortlaut wir nachstehend folgen lassen, verlesen und mit den angemessenen Erläuterungen versehen können.

Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Pflichten, welche das Vertrauen unserer Wähler, die Beschlüsse dreier Parteikonferenzen und der Zwang der Verhältnisse uns auferlegen, sind die Veranlassung, daß wir in dieser Angelegenheit das Wort nehmen, obgleich schon mehrfach Beschlüsse bezüglich der Feier des 1. Mai gefaßt sind.

Parteigenossen! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir wissen, daß Ihr auf der Höhe Eurer Aufgabe steht. Ihr werdet auch am 1. Mai die besonnenste Haltung bewahren, der wir den Sieg des 20. Februar verdanken.

Wir wissen, Ihr seid Euch der Bedeutung des Momentes voll bewußt, und Ihr werdet durch Massentheilnahme an der Manifestation des internationalen Arbeitertages, Euch des Vertrauens, mit welchem die Arbeiter der Welt auf die Sieger des 20. Februar blicken, würdig zeigen.

Halle a. S., den 13. April 1890.
Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages. Auer, Bebel, Biele, Blos, Bock, Bruns, Dieck, Dresden, Förster, Frohme, Geyer, Grillenberger, Harm, Heine, Hinkel, Joest, Liebknecht, Meißner, Metzger, Molkenbuhl, Schippel, Schmidt (Frankfurt), Schmidt (Wittweba), Schätzle, Schumacher, Schwarz, Seiffert, Singer, Stadthagen, Stolle, Tappeler, Ulrich, Vollmar, Warm.

Resolution:

Die am 1. Mai in ... tagende, von ungefähr ... Personen besetzte Versammlung erklärt im Einverständnis mit den Beschlüssen des Pariser Arbeiterkongresses, auf welchem die deutsche Arbeiterklasse durch hundert Delegirte vertreten war, daß die Forderung eines gesetzlich festzusetzenden Normalarbeitstages, der in den wirtschaftlich entwickelten Ländern schon jetzt, unter Wahrung aller berechtigten Interessen der Industrie, auf acht Stunden bemessen werden kann, sowie die übrigen von dem Pariser Kongress formulirten Forderungen des nationalen und internationalen Arbeitertages eine Lebensfrage für das arbeitende Volk sind, und sie wenden sich an die Gesetzgebung mit dem Verlangen, diesen Forderungen gerecht zu werden.

Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, die loebens beschlossene Resolution unter Beifügung der einschlägigen Beschlüsse des Pariser Kongresses zur Kenntnis des Deutschen Reichstages zu bringen.

Diese Beschlüsse des Pariser Kongresses lauten:

- In Erwägung, daß die kapitalistische Produktion in rascher Entwicklung noch und nach die ganze Welt erzieht, in Erwägung, daß die kapitalistische Produktionsweise die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die herrschende Klasse bedeutet, daß die immer intensivere Ausbeutung die soziale und politische Unterdrückung und Verfallung der Arbeiterklasse zur Folge hat, zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt, daß es deshalb Pflicht und Aufgabe der Arbeiterklasse aller Länder ist, diese sie ruinirende und die freie Entwicklung der Menschheit bedrohende Gesellschaftsorganisation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, daß es sich aber in erster Linie darum handelt, der weiteren verheerenden Wirkung der herrschenden Wirtschaftsordnung entgegen zu arbeiten.

Beschließt der Kongress:

- I. Die Schaffung einer wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion ist eine unabwendbare Nothwendigkeit.
- Als Grundlage derselben betrachte der Kongress:
 - a) den Ständigen Normalarbeitstag.
 - b) Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14—18 Jahren auf 6 Stunden pro Tag.
 - c) Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern.
 - d) Ausschluß der Frauarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben.
 - e) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren.
 - f) Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche.
 - g) Verbot solcher Industrien und solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind.
 - h) Aufhebung des Zwickstems.
 - i) Eine alle industrielle Betriebe, einschließlic der Hausindustrie, umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

II. Der Kongress erklärt es für nothwendig, alle diese Maßregeln durch Gesetze bzw. durch internationale Verträge zu sichern und fordert die Arbeiterklasse aller Länder auf, in der ihnen am geeignetsten erscheinenden Weise für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten und ihre Durchföhrung zu überwachen.

III. Außerdem erklärt der Kongress: Es ist Pflicht aller Arbeiter, die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitkämpferinnen anzusehen und dem Grundsatze: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen — auch in Bezug auf die Arbeiterinnen zur Geltung zu verhelfen. Als ein wesentliches zum Ziel führendes Mittel hierfür, wie für die Verwirklichung der Gewerkschaftsbestrebungen der Arbeiterklasse überhaupt, erachtet der Kongress die Organisation der Arbeiterklasse und fordert demnach volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit.

Wir haben dem nur wenig hinzuzufügen. Wir sind vollständig damit einverstanden, daß die deutsche Sozialdemokratie nach ihrem glänzenden Sieg vom 20. Februar einer Heerschau nicht bedarf. Wir sind uns auch sehr wohl der Faktoren bewußt, die es heute zu einem Ding der Unmöglichkeit machen, daß der Arbeiterfeiertag einen so gewaltigen Umfang annehme, wie das sozialdemokratische Votum am 20. Februar. Am Wahltag, vor der Wahlurne, ist der wahlberechtigte Arbeiter sein eigener Herr — er kam, wo nicht flagrant Verletzung der geheimen Stimmabgabe geübt wird, nach seiner Ueberzeugung stimmen. Und selbst wo das Wahlgeheimniß zu brechen versucht wird, ist ihm das Bewußtsein, daß so und so Viele genau so stimmen wie er, und daß Gesetz und

Recht auf ihrer Seite sind, in vielen Fällen eine Anfeuerung, nun doch seiner Meinung zu folgen. Am Wahltag wird jeder Arbeiter berufen, seine Stimme abzugeben; es ist die Zeit der allgemeinen Agitation — der erste Mai aber ist der Tag der besonderen Agitation, nur die Arbeiter und diejenigen, die zu ihnen halten, und nur die Arbeiter, die ihr Klasseninteresse gegenüber dem Kapital begriffen haben, erkennen ihn an — hier kann das Kapital seine ökonomische Uebermacht, die es heute noch besitzt, mit viel mehr Nachdruck geltend machen, hier fallen die kleinen, die fleischlichen Umstände ins Gewicht, die Kette der Abhängigkeit, die „dem Geist die Flügel knickt“.

Das wissen wir, und trotzdem — nein, gerade deswegen freuen wir uns, daß der Gedanke des Arbeiterfeiertags nicht absolut fallen gelassen wurde. Wir sind vor dem Verdachte gefeit, Bericht der allgemeinen Stimmrechts zu sein, wir haben zu allen Zeiten die Bedeutung dieser Waffe für den Befreiungskampf der Arbeiter voll anerkannt und gewürdigt. Aber wir haben uns nie Illusionen darüber hingegen, nie Illusionen darüber genährt, daß das allgemeine Stimmrecht nicht Alles kann. Es ist eine gute Waffe im Befreiungskampf der Arbeiter, aber es ist keine allmächtige, es ist auch nicht die einzige Waffe. Der rechte Kämpfer aber muß in allen Waffen geübt sein. Und darum ist es gut, daß die deutschen Arbeiter, die die eine Waffe so gut zu handhaben verstehen, sich nun auch einmal in einer andern üben. Möglich, daß sie nicht gleich das erste Mal darin Glänzendes leisten, aber das macht nichts; sie werden mit der Zeit es auch darin zu etwas Ordentlichem bringen.

Denjenigen unter den deutschen Arbeitern nun, die auch diesmal schon den ersten Mai als Feiertag zu begehen Willens sind, erwächst damit eine große Aufgabe, aber wir zweifeln keinen Augenblick, daß sie sich derselben bewußt und entschlossen sind, ihr in jeder Weise gerecht zu werden. Es gilt vor Allem den Feiertag, den sie sich selbst gegeben haben, sich durch nichts entziehen zu lassen — wir wählen mit Rücksicht diesen Ausdruck. Je höher ihnen der Gedanke des Feiertags der Arbeit steht, um so mehr müssen sie ihn als einen Weibetag betrachten und hochhalten. Es wird sich nicht nur darum handeln, etwaigen Provokationen keine Folge zu geben, sondern auch darum, den Feinden der Arbeiterschaft gar keine Gelegenheit zu Provokationen zu geben. Und es wird sich ferner darum handeln, Alles zu vermeiden, was unsere Gegner in die Lage bringen könnte, den Arbeiterfeiertag zum Gegenstand des Spottes zu machen. Wer zur Vorhut gehören will, übernimmt doppelte Pflichten. Ruhig und selbstbewußt, in heiterer Sitzeszuversicht, mögen die zum Feiern entschlossenen Genossen den „Tag der Arbeit“ in der Weise begehen, die ihnen am würdigsten erscheint: durch Ausflüge in die freie Natur, durch Besuch der Museen und Galerien — denn es wird sich ja vorzugsweise um Bewohner der großen Städte handeln — aber keinen Augenblick den hohen Zweck außer Augen lassen, dem sie dieses Opfer bringen. Keine Provokation, keine Szenen des Uebermuths — wenn der Tag der Arbeit einen Sinn haben soll, dann muß er uns höher stehen als jeder andere im Jahr.

Das gilt übrigens für alle — auch für die, welche nur den Nachmittag oder den Abend des ersten Mai zu feiern gedenken. Wir wiederholen, es wird nicht möglich sein, der Demonstration den Umfang zu geben, den die des 20. Februar gehabt; was ihr in dieser Hinsicht noch abgeht, muß durch die ganze Art der Feier ersetzt werden. Erfülle sich daher ein Jeder mit dem Gedanken: das Wahlrecht ist den deutschen Arbeitern gegeben worden, der Wahltag wird von oben bestimmt, der erste Mai aber ist ein Festtag, den sich die Arbeiterklasse selbst gibt — ein Feind der Arbeiterschaft, der die Weihe dieses Tages stört.

Zur Erinnerung an Wilhelm Bracke.

II.
Die Ausföhrungen Bracke's, inwiefern die politischen Voraussetzungen des Rosa Luxemburg'schen Vorschlags seien, übergehen wir. Einmal, weil gerade in ihnen der Widerhall des damaligen Zeitgeschehens verhältnismäßig am stärksten andrückt, zweitens, weil sich seit Erscheinen der Schrift die Verhältnisse in Deutschland wiederum ganz wesentlich geändert haben, und drittens, weil in Bezug auf diesen Punkt heute am wenigsten Meinungsverschiedenheit besteht. Hören wir daher nur die Schlusssätze:
Sollte das Königthum in Deutschland vielleicht noch einmal in Bedeutung gerathen, so ist es nicht unmöglich, daß dasselbe versucht, sich auf die Arbeiter zu stützen. Welcher Herrlichkeit man sich aber von Seiten seiner Räte dazu versehen könnte, daß sich nicht ereignen werden. Man wird mir Recht geben, wenn ich sage, daß ein Mißbrauch der Arbeiterklasse in rein dynastischem Interesse dann nichts Unwahrscheinliches ist.
Und deshalb ist es ein unverantwortliches Unrecht, wenn heute noch für den Rosa Luxemburg'schen Vorschlag Propaganda gemacht wird, wenn man heute noch die Arbeiterklasse mit dem Rufe nach Produktionen mit Staatshilfe lockt!
Die Gewerkschaft der Arbeiterklasse durch das Königthum ist aber auch allgemein geradezu unmöglich: Ein Königthum, das ehrlich und mit allen Mitteln einschlägige Maßregeln ergreift, würde doch bald einsehen, daß bei einem gewissen Grade ihrer Entwicklung seine eigene

Erstens in Frage gestellt wäre. Denn, sobald die Macht der Bourgeoisie gebrochen, würde die neue Gesellschaft der Hülfe des Königthums nicht mehr bedürfen und letzteres würde von nun an ihrer ausschließlichen Herrschaft während im Wege stehen. Dies gilt überhaupt von dem Königthum der sozialen Reform. Um seiner selbst willen kann das Königthum nicht ehrlich und voll die Interessen einer unterdrückten Gesellschaft vertreten.

Die Arbeiterklasse wird ihre Emanzipation nur ihrer eigenen Kraft und Einsicht verdanken. Niemanden sonst!

Und:
"Wann, wo also sind die politischen Bedingungen, unter welchen an eine Verwirklichung des Vassallischen Vorschlages gedacht werden kann?"

Soll die Arbeiterklasse so lange warten, bis sie die politische Herrschaft erobert hat?

Ich vermute, dann wird sie andere Dinge zu thun, dann wird sie Beheres zu verrichten haben!

Was, das lese man in den folgenden Abschnitten nach!

Und nun geht Brade dazu über, die ökonomische Bedeutung des Vassallischen Vorschlages zu analysiren.

"Wollt man nun aber", schreibt er, "den fast unmöglichen Fall sehen, daß die politischen Konstellationen der Verwirklichung des Vassallischen Vorschlages einmal günstig werden könnten, so erscheint derselbe dennoch nicht als ein Mittel, die Emanzipation der Arbeiterklasse herbeizuführen."

Vassalle spricht freilich aus, daß sich alles Andere von selbst und mit Nothwendigkeit aus dem Anfang entwickelten würde, wenn nur der Anfang nicht im Kleinen, sondern im Großen ausgeführt würde. Den sich das Vassalle eigentlich gedacht hat, ist nirgend ausgesprochen. Den allgemeinen Gedanken nur hat er entwickelt: Die am weitesten zur Assoziation geneigten Arbeiterkreise beginnen zunächst mit der Gründung der Produktiv-Assoziationen, und zwar wahrnehmlich jedesmal die sämtlichen Arbeiter eines Gewerks in der betreffenden Stadt. Das nötige Kapital dazu bekommen sie durch eine Staatsbank. So entsteht eine Reihe großer Assoziationen. Diese treten mit einander in Verbindung, gründen Kredit- und Versicherungverbände, zentralisiren sich mehr und mehr. Immer neue Assoziationen entstehen. Der Arbeiter wird in die Bewegung hineingezogen. Die Organisation gliedert und vollendet sich, bis sie schließlich im Stande ist, die ganze Gesellschaft zu umfassen. Dann ist die Gesellschaft nicht weiter, als eine einzige große, organisierte Assoziation und der Gegensatz von Kapital und Arbeit, Unternehmerr Gewinn und Lohnarbeit sind aufgehoben.

Es ist schade, daß sich die ökonomische Entwicklung nicht in dieser Weise am Ende zeigen läßt.

Gleich beim ersten Schritt stoßen wir auf unüberwindliche Hindernisse.

Da sind die sämtlichen Maschinenbauer von Berlin. Dieselben wollen eine einzige große Assoziation bilden. Den Besitzern der Maschinenfabriken sagt das aber nicht. Sie wollen ihre Fabriken entweder gar nicht, oder nur zu einem enormen Preise verkaufen. Dieser Preis ist für die Assoziation unerträglich; die Assoziation muß mit den Maschinenfabriken anderer Städte konkurrenz führen, sonst kann sie nicht bestehen und die betreffende Kommission würde den Staatskredit nicht bewilligen. Es bleibt nichts übrig, als daß die neue Assoziation eine neue große Fabrik baut. Dann ist einfach eine Fabrik desselben Genres mehr als früher da, und zwar innerhalb der kapitalistischen Produktion und ganz auf demselben Boden stehend, den jede andere Maschinenfabrik auch einnimmt, und ganz von derselben Bedeutung.

Man kann einwenden: In solchem Falle werden die Besitzer der Berliner Maschinenfabriken expropriirt. Ganz gut, ich hätte nichts dagegen. Aber es ist sehr gegen das zu wetten, daß wieder die besitzenden Klassen, noch das Königthum jemals gutwillig solche Expropriationen gestatten würden. Der Bourgeoisie ginge es damit direkt an ihr Leben und das Königthum würde sich sagen, daß diese Expropriationen schließlich auch vor dem Throne nicht stehen bleiben dürften. Die Arbeiter müßten damit also doch höchst so lange warten, bis sie die Macht der besitzenden Klassen und des Königthums über den Hauptecken gerammt!

Das aber liegt auch nicht in dem Vassallischen Vorschlag. Vassalle will durch Finanzoperationen das nötige Geld beschaffen für die großen Assoziationen der Arbeiter, aus denen sich alles Andere nachher mit Nothwendigkeit entwickeln soll.

Wollt ich nur, auf welche Weise das möglich wäre!

Es bilden sich also Assoziationen, hier eine und da eine. Hier wird eine Fabrik gekauft, dort eine gebaut u. s. w. Eine Reihe solcher Assoziationen existirt. Auf diese Assoziationen geben aber gar keinen revolutionären, umwälzenden Charakter, sondern genau denselben Charakter, wie jedes andere betriebliche Geschäft. Nur mit dem Unterschied, daß innerhalb dieser Assoziationen eine gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages stattfindet. So ist Alles beim Alten; die Assoziationen stehen mitten in der kapitalistischen Produktion.

Angenommen, die Arbeiter sind fertig, wie das früher zu erwarten steht; die Assoziationen werden gut geleitet; ihre Produkte sind gesucht. Das Geschäft geht also gut und wirft etwas ab. Die Mitglieder der Assoziation, die ja noch ganz und gar in den heutigen Eigentumsverhältnissen stehen, werden zu kleinen Kapitalisten. Vielleicht legen sie ihre Ersparnisse — wirklichen Entbehrungslohn, Ersparnisse von der eigenen Arbeit — in Eisenbahn, in Bank, oder in Bergwerksaktien an. Recht angenehm für dieselben. Aber wie das nun der Anfang sein soll in einer Umwälzung der Gesellschaft, das mag ein Anderer verstehen! Selbst angenommen, die Mitglieder dieser Assoziationen können nicht auf den Gedanken, ihrerseits wieder Lohnarbeiter anzunehmen, so würde bei ihnen doch eine gewisse Befriedigung über ihre bevorzugte Stellung und das Streben Platz greifen, dieselbe zu erhalten. Statt die Träger eines revolutionären Prinzips zu sein, würden diese Assoziationen der revolutionären Weiterentwicklung sich reaktionär gegenüberstellen. Indem eine Anzahl von Arbeitern aus ihrer Klasse emporgewachsen würde, würde diese Anzahl aufhören, mit ihrer Klasse zu denken, zu fühlen; ihre eigenen Interessen würden sich unabweisbar geltend machen.

Aber die Zahl der Assoziationen vermehrt sich.

Diese treten dann sämtlich mit einander in Verbindung, gründen Kredit- und Versicherungverbände.

Das wäre ihrem Charakter ganz angemessen. Ganz innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise liegend, — mit der Eigentümlichkeit, daß sie in sich Kapital und Arbeit mit einander verflochten — würden sie das Streben fühlen, sich einander an- und von der übrigen Gesellschaft abzuschließen. Sie würden eine Sekt bilden innerhalb der kapitalistischen Produktion. Und mit ihren Verbänden für Kapitalrecht und ihren Versicherungen gegen Kapitalverluste würden sie nur noch mehr festgenagelt werden an ihr — Kapital.

Wo bleibt da ihr revolutionärer Charakter, wo bleibt die Emanzipation der Arbeiterklasse, auf die es doch ankommt? —

Während dieser Entwicklung nun produziren die Privatunternehmer ihrerseits reich darauf los.

Es ist aber glücklicherweise gelungen, eingerechnet die ersten 100 Millionen Staatsanleihe, ein Kapital von 500 Millionen in die Hände der Produktivgenossenschaften hinüberzuleiten.

Während derselben Zeit hat sich das nach Milliarden zählende Privatkapital vielleicht verdoppelt oder doch um Milliarden vermehrt.

Man ist also eigentlich wieder nicht vom Fleck gekommen. Die Assoziationen müßten also neuerdings bedeutend vermehrt werden!

Aber die Privatunternehmer befinden sich sehr wohl in dieser besten aller Welten und sind lieber bereit, noch einmal so eine Anleihe zu veranlassen, wie die von 1871 in Paris, — als daß sie ihren Privatbesitz antwillig opfern.

Sie müßten also expropriirt werden, die Eigentümer der Bergwerke, der Eisenbahnen, der Fabriken, des Grund und Bodens!

Das aber liegt nicht in dem Vassallischen Vorschlag; der Vassallische Vorschlag macht das mit einer — neuen Finanzoperation! —

Und nun betrachte man doch diese Finanzoperation selbst, wie sie Vassalle vorgeschlagen und mit ihren Folgen entwickelt hat!

Aus den ersten 100 Millionen, — die überhaupt nicht einmal „auf den Tisch gelegt“, sondern nur auf dem Kreditwege beizubringen zu werden brauchen —, werden nach 14 Jahren mit Zinseszinsen 300 Millionen, nach 28 Jahren 400 Millionen u. s. w., und es dauert gar nicht lange, bis der ganze Arbeiterstand durch die auf Kredit gepumpten

100 Millionen in Produktionsgenossenschaften untergebracht und gesellschaftlich „befreit“ wird! Mit anderen Worten: durch Zins und Zinseszins vermehren sich die 100 Millionen so sehr, daß sie bald das ganze vorhandene Kapital aufzulegen haben; wenn das geschehen ist, sind alle Produktionsmittel in den Händen der Assoziationen; die soziale Frage ist gelöst!

Ich sehe dabei noch davon ab, daß jedes erste Kapital auf dem Kreditwege zu kaufte zu haben sein müßte!

Die Rechnung ist dennoch so absurd, daß sie bei Vassalle geradezu betäubend ist.

Wenn sich auf solche Weise das ganze vorhandene Kapital in kurzer Zeit in die Hände Derjenigen bringen läßt, welcher sich auf dem Kreditwege 100 Millionen zu beschaffen weiß, dann hat Vassalle allein im Deutschen Reich die Anwartschaft darauf. Der preussische Staatskäse aber, der von den 6 Milliarden Franken leicht 500 Millionen in diesem Zwecke disponibel machen kann, wird bald das Kapital der ganzen Welt, kraft des Zinses und Zinseszinses, übergeholt haben! Es erübrigt das an die Geschichte von dem vor 1000 Jahren vergänglich angelegten Kapitale, aus dem jetzt mit Zins und Zinseszinsen ein Klumpen Gold geworden ist, größer als die ganze Erde!

Vassalle wußte doch, daß jedes einzelne Kapital von 100 Millionen die dieselbe Attraktionskraft besitzt, wie jedes der Assoziationen zugewandte. Vassalle wußte auch, daß neben diesem Kapital das ganze, im Privatbesitz befindliche Kapital bestehen blieb! Er wußte auch, woher die Kapitalrente stammt; — und doch diese Rechnung!

Was hierher Brade. Um auch Vassalle gerecht zu werden, wollen wir zunächst die Auffassungen derselben, gegen die Brade hier polemisiert, im Wortlaut (den Brade an anderer Stelle seiner Schrift gibt) folgen lassen. Sie ist dem „Arbeiterleben“ entnommen und lautet:

„Aber Herr Schulze hat angefragt: Woher sollen wir die Tausende von Millionen nehmen, die dazu erforderlich wären? Sie sehen, man will Ihre Vorschläge erschrecken! Es sind keine Tausende Millionen dazu erforderlich. Nehmen Sie einmal einen Moment an, wir hätten nur hundert Millionen Thaler zu unserm Zweck. Wir hätten dann für die erste Zeit noch viel zu viel! Zeit mehr, als wir im Anfang wirklich für Assoziationen verwenden könnten! Der Kapitalzins steht zu 5 Prozent im Allgemeinen. Dieser Kapitalzins ist nicht zu verwechseln mit dem Unternehmerr Gewinn. Der Kapitalzins wird von dem Unternehmer selbst dem Kapitalisten bezahlt. Diese 5 Prozent geben jährlich 5 Millionen Thaler, die man gleichfalls von Neuem, wenn wir jene 100 Millionen hätten, zu demselben Zwecke, zur Gründung von Arbeiter-Assoziationen, ausgeben könnte. Durch die Kraft des Zinseszinses würden binnen 14 Jahren diese jährlichen 5 Millionen das Kapital verdoppelt haben, und wir würden von da ab 100 Millionen haben, so daß wir von nun an 10 Millionen jährliche Zinsen hätten, welche wir für Arbeiter-Assoziationen verwenden könnten. Nehmen Sie nun an, daß im Durchschnitt aller Gewerbe auf ein Kapital von einer Million Thaler ungefähr 4000 Arbeiter arbeiten können; dies ist eine ganz beispielweise von mir gemachte Annahme, die wahrscheinlich eher eine viel zu geringe ist, als eine zu hohe. Die Zahl ist übrigens gleichgültig, sie dient hier nur als Beispiel. Auf Grund der 100 Millionen Thaler also könnten sich 40,000 Arbeiter assoziiren; das wäre mit ihren Familien, wenn wir sie durchschnittlich auf 5 Personen veranschlagen, eine Bevölkerung von 2 Millionen; mit 10 Millionen jährlichen Zinsen könnte neuen 40,000 Arbeitern jährlich die Möglichkeit der Freiheit und des Wohlstandes erblühen und somit neuen 200,000 Menschen, oder während der ersten 14 Jahre, so lange wir nur 5 Millionen jährlich annehmen, mindestens wiederum neuen 20,000 Arbeitern mit ihren Familien jährlich, und so wäre ein Weg gegeben, der in einer bestimmten Zeit auch Alle aus der Wüste führt, alle arbeitenden Klassen der Gesellschaft ohne Ausnahme. Aber das ist noch nichts! So viel steht für sich, daß ein industrieller Gewerbetreibender dem andern in die Hände arbeitet; was für den Einen sein Industrie-Produkt ist, ist für den andern der Rohstoff, auf und an welchem er seine Arbeit anfangt. Der Gerber arbeitet dem Schuhmacher in die Hand, der Tuchfabrikarbeiter dem Schneider, die Eisen- und Stahlarbeiter arbeiten dem Maschinenbauer, dieser wieder hundert andern Gewerken in die Hand u. s. w. Wenn also z. B. erst 70 oder 80 Gewerke im Großen assoziirt wären, so bräuhete das Tische gar kein neues Geld, sondern es bräuhete nur den Kredit der 70 früheren und hätte es an diesem Kredit die hinreichende Bedingung seiner Existenz, denn es bezieht von diesen bereits bestehenden Gesellschaften seinen Rohstoff und seine Maschinen. Und wenn nun 71 solcher Assoziationen bestehen, so kann eine 72ste sich ohne neues Geld bilden, und wenn erst 160 bestehen, können neue 20 ohne neues Geld sich bilden und in jenem Kredit die Bedingung ihrer Arbeit haben. So sehen Sie, daß meine frühere Rechnung, es würden jedes Jahr auf Grund der neuen 5 oder 10 Millionen neue 20,000 oder 40,000 Arbeiter befreit werden können, noch eine viel zu geringe ist, und daß, wenn die Assoziierung erst fortgeschritten wäre und sich entwickelt hätte, weit größere Massen sich jährlich assoziiren und zum Licht der Freiheit und des Wohlstandes hindurch bringen könnten, weit größere Massen und in weit kürzerer Zeit, als durch mein früheres Rechenexempel gegeben ist. Darum habe ich Ihnen schon in meinem Antwortschreiben gesagt, daß alle diese Arbeiter-Assoziationen in einem Kreditverband unter einander zu stehen haben.“

Sozialpolitische Rundschau.

London, 16. April 1890.

— Es gibt Dinge, die unweidlich vorübergehen zu lassen, geradezu unmöglich ist. Deutsche Arbeiterblätter, und nicht nur diese, haben mit Recht die **religiösen Versammlungen und Verdächtigungen** der Bergarbeiterbewegung geteilt, zu denen neuerdings die „Religiöse Zeitung“ sich — und das will bei diesem Blatt etwas heißen — erniedrigt. Im vorigen Jahre hatte das Hauptorgan der rheinischen Bourgeoisie einen, soweit man überhaupt von einem Kapitalistenblatt erwarten kann, leblich sachlichen Standpunkt eingenommen, jetzt überbietet es in wüsten Schimpferien die erbärmlichsten aller literarischen Honigschnecke des Ausdehntums. Woher dieser Wechsel? Nun, die Herren Grundbarone haben die relaxte objektive Haltung damals höchst unangenehm bemerkt und mit Entschiedenheit ihrer Freundschaft, im Nothfalle sogar Verbündung von Art und Bann gedroht, und das jagt das Weltblatt schloste sich einen neuen Berichterstatter an — oder wurde er ihm angelehnt? — und zwar keinen andern als den bezahlten Agenten der Grundbarone, Generalsekretär Dr. Bauer. Die Väter des „Sozialdemokrat“ haben diesen Herrn bereits in seinen Leistungen als „unparteiischer Berichterstatter“ aus den samowen Denkschriften der Unternehmerrapportation kennen gelernt, die Ende vorigen Jahres mit Kurierzuggeschwindigkeit die sozialen Zustände Englands „indirte“. Nun, die damaligen Leistungen des Herrn sind nichts im Verhältnis zu seinen „Studien“ im rheinischen Bergarbeiterdistrikt. Wir können nicht alle seine Anstellungen, welche die Arbeiterpresse und die dem Fabrikantenthum noch nicht ganz verpfändete Presse gebührend tiefer geträgt haben, hier zum Abdruck bringen, aber eine derselben, die ganz besonders kennzeichnend ist, soll aus unsern Lesern nicht verenthalten bleiben.

In einem seiner Berichte, in dem der Herr „Doktor“ unter anderem auf die Autorität einiger misvergünstigter Frauen hin verschiedene Führer der bösen Ausdehntischen schwarz in schwarz geschildert, heißt es am Schluß:

„Das bedeutendste Madam-Element stellen die Polacken, deren Sachkenntnis hier nicht weniger als Raubvogelart empfunden wird wie im Osten; an sie schließt sich alles, was an unreifen jungen Männern vorhanden ist, und diese beiden Kategorien, welche bei den Reichstagswahlen ihre schätzbaren Stimmen würdig in die Waagschale werfen, terrorisiren die dritte Gruppe, die älteren Frauen, welche sich der guten Löhne erfreuen und gern in diesen letzten Jahren für die zweifellos kommenden schlechteren Zeiten etwas zurücklegen möchten. Diese zu beschützen, ist die Pflicht der öffentlichen Gewalt, und wenn dieser Pflicht nachgekommen wird, wird sich zeigen, auf welcher Seite sich die öffentliche Meinung befindet. Wenn

man den neuesten Aftenband „Bergarbeiterausstand“ schliefen kann, ist noch nicht mit Bestimmtheit vorherzusagen. Schädlich aufträumen mit der ewigen Unruhe und die Gewaltüberhoheit der jüngeren Rehten auf wegfegen wird jede Krise, welche über den Bergbau fällt und zur massenhaften Entlassung der Arbeiter führt; wir wollen sie im Interesse der Arbeiter, des Bergbaues und der deutschen Industrie nicht wünschen. Es ist nur die höchste Zeit, daß dieser herrliche Frühling wieder verschwinde, welcher das Faulenzen zu annehmlich macht, daß unser Herrgott in seinem Jähren suchbaren Regensturm niederströmen läßt, der die Rehten erschüttert und die Leute herabstößt, indem er sie von der Erdoberfläche vertreibt, welche jetzt viel zu schön ist, als daß man sie verlassen möchte.“

Kann man roher, kann man unweidlicher — nein, beiden wir uns deutsch aus — kann man händischer schreiben, als im Vorstehenden der Fall? Es wird unmöglich sein, etwas Niederrückigeres in der an Niederrückigkeit gewöhnten armen Solbpreise des Kapitalistenthums aller Länder einzuführen zu machen. Die Verlogenheit des ehrenwerthen Generalsekretärs springt in die Augen. Man braucht nur den Satz von den „unreifen jungen Männern“ zu lesen, die ihre Stimmen bei der Reichstagswahl in die Urne werfen, — der Herr thut, als wüßte er oder sein Publikum nicht, daß die Ausübung des Wahlrechts an die Heberhebung des vollendeten 25. Lebensjahres geknüpft ist. Oder sind die Arbeiter dann auch noch „unreife junge Männer“, sind sie es vielleicht ihr ganzes Leben hindurch? Die ganze Wuth des Patrons und der Patrone, in deren Namen er schreibt, gegen das allgemeine Wahlrecht liegt in diesem Satz von den „schätzbaren Stimmen“. Ja, die jungen Arbeiter, die man nicht so leicht einschüchtern kann, wie die abhängigen Familienväter — sie sind eine wahre Landplage. Darum — los Weg und Schwefel auf sie regnen, Gott im Himmel da droben, dessen höchste Mission es ist, den Profit zu schänden, auf daß sie froh sind, wenn man ihnen überhaupt noch gestattet, in die tiefen Gruben hinabzusteigen. Der „herliche Frühling“ ist so doch nur für uns, Deine guten Kinder, da“. Nach einmal, der Ruhe, der das Obige geschrieben, heißt Demmer und ist Generalsekretär des rheinisch-westphälischen Fabrikantenvereins!

— Die Osterwoche hat, wie alljährlich, so auch dieses Jahr eine Reihe wichtiger Arbeiterkongresse versammelt gesehen.

In Löwen, der Hauptstadt des belgischen Miramontanens, tagte am 6. und 7. April der Jahreskongress der belgischen Arbeiter-Partei. Derselbe war sehr zahlreich besucht; 160 Delegirte, die gegen 150 Organisationen vertraten, gaben von dem ernstlichen Wochsthum der Partei Zeugnis. Der Kongress beschäftigte die Bereinigung der Arbeiter-Partei mit der feinerzeit unter Führung von Demissionärs ausgetretenen Opposition, die sich damals „sozialistisch-republikanische Partei“ nannte (dabei die von vielen Mäthern gebrauchte, leicht zu Irthümern Anlaß gebende Nachricht, die Arbeiterpartei habe in Löwen „ein Bündnis mit den Republikanern“ geschlossen). Weiter folgte der Kongress eine Reihe wichtiger, auf den inneren Ausbau und die Agitation bezüglichen Beschlüsse, von denen wir folgende hier erwähnen:

Um die in Paris gefasste Resolution, betreffend der Achtstundendemonstration zur Ausübung zu bringen, sollen nach einstimmigem Beschluß

alle Arbeitergruppen und Reformverbände den 1. Mai feiern, wobei die Organisation der Feier, ob durch Arbeitstube, ob durch Langzüge oder durch Versammlungen ihrer freien Entscheidung überlassen bleibt.

Die für den 25. Mai geplante Manifestation zu Gunsten des Allgemeinen Stimmrechts wird, mit Rücksicht auf die Nähe der bevorstehenden Manifestation einverleibt und der Provinzialwahlen, auf den 10. August festgesetzt.

Die Streikliste der Partei wird aus einer obligatorischen in eine fakultative verewandelt, da die großen Verbände sich über Doppelbestimmung beschwerten.

In den bevorstehenden allgemeinen Wahlen sollen die der Partei angehörenden Gruppen soviel als möglich selbstständig in den Kampf gehen, doch bleibt es ihnen freigestellt, unter der Bedingung der vollen Aufrechterhaltung ihres Programms, zeitweilige Wahlbündnisse einzugehen. Es soll eine von allen Kandidaten der Partei gemeinsam zu erlassende Erklärung ausgearbeitet werden.

Der Generalkongress der Partei wird aus den Genossen J. Bolbers, A. Delporie, L. Berrylen, G. Defact, L. Bertrand und D. Sandenborpe zusammengeleitet.

Am 15. August soll ein Kongress der Korporationsgenossenschaften stattfinden zur Herstellung eines Verbandes derselben. Alle zur Partei zählenden Bergarbeitergruppen werden dringend aufgefordert, den Internationalen Bergarbeiter-Kongress von Jolimont zu besuchen. Der nächste öffentliche Jahreskongress der Partei soll in Brüssel stattfinden. Wegen das von der Regierung eingehende Unfallversicherungsgesetz wird in anschließender Resolution einmüthig Protest eingelegt, weil es ein Zeichen an die Unterthener auf Kosten der Steuerzahler, in letzter Linie der Arbeiter, bedeutet, und ein Gesetz verlangt, das die Kosten den Unternehmern auferlegt.

Einstimmig wird ferner folgende Resolution angenommen:

„Die auf ihrem Nationalkongress in Löwen versammelte belgische Arbeiterpartei findet der deutschen Sozialdemokratie ihren Glückwunsch zu ihrem längsten Wahlerfolg, und zu der von ihr im Namen der internationalen Solidarität der Arbeiter energisch betriebenen Propaganda.“

Der Bericht des Parteikomites weist sehr interessante Zahlen über das Wachstum der belgischen Bewegung in ihren verschiedenen Organisationen auf, die wiedergegeben aus leider der Raum fehlt. Dagegen entnehmen wir dem Bericht mit Beugung die Mittheilung, daß die Partei nach Kräften dazu beiträgt, ihrem verdienten Mitglieder G. de Baeye den ihm so nötigen Aufenthalt im Süden zu ermöglichen.

Wir freuen uns, daß der Stand der belgischen Partei, wenn er auch nicht alle Erwartungen erfüllt hat, doch ein so hoffnungsvoller ist, und senden der Partei zu dem so günstig verlaufenen Kongress unsern besten Glückwunsch.

— Das schweizerische Städtchen Olten im Kanton Solothurn sah nicht weniger als 247 Vertreter aus allen Theilen der Schweiz versammelt, die der Einladung zum zweiten großen Arbeitertag der Schweiz Folge geleistet. Sie vertraten 37 größere Verbände und 90 kleinere Vereine mit zusammen 114,449 Mitgliedern. Alle religiösen und politischen Richtungen innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung waren darunter vertreten, doch überwog, wie die Zusammenfassung des Akkords und die gefassten Beschlüsse ergaben, das vorgeferrtete sozialistische Element. Das Bureau bestand aus Scherrer (St. Gallen) und Lang (Aarg.) Präsidium: Gouss (Glarus) und Bogelfanger (Glar.) Schriftführer; Brandt (St. Gallen) und Berrenoud (Glar.) Ueberseher, sowie 4 Stimmenzähler.

Hauptgegenstand der Verhandlungen waren die Frage der Kranken- und Unfallversicherung, die Frage der obligatorischen Berufsverbände und Gewerkschaften und die Erweiterung des Fabrikgesetzes. Sogünstig angeordnete Referate wurden dazu gehalten von Th. Curti, G. Greulich, W. Cornaz, Dr. Decurtius und H. Scherrer. Der Grundton derselben, sowie der sich an sie anschließenden Debatte war nach dem „Gründer“ folgender: „Ubergewisse Kräfteanstrengung für eine Reform, die keine bloße Schein-, sondern eine wirkliche Sozialreform ist.“ Dasselbe Blatt sagt die in Bezug auf die vorerwähnten Materien gefassten Beschlüsse wie folgt zusammen:

„Der Arbeitertag erklärt sich für die Wichtigkeit des Bundes zur Organisation des Versicherungswesens. Er fordert zunächst und als dringend die staatliche und für Lohnarbeiter obligatorische Unfall- und Krankenversicherung auf Grundlag der von Arbeitserfahre Größlich vorgelegten Thesen und der gefassten Beschlüsse (Nutzung Seidel). Streichung der Karenzzeit, d. h. die Krankenkassen sollen keine Umsätze, die mit dem Betrieb zusammenhängen, unterliegen müssen; letztere sollen ganz zu Lasten der Unfallversicherung u. s. w. Damit die Arbeiter nicht zu schwer belastet werden, sind Zusätze aus dem Ertrage von Bundesmonopolen in Aussicht zu nehmen.“
Bezüglich Berufsverbänden, Arbeiter-Gewerkschaften und Fabrikgesetz-Erweiterung: 1. Es sei eine Partiauktion der Bundesoberleitung zu verlangen, welche dem Bunde die Kompetenz gibt, das

gesamte Gewerbetreiben des Landes auf dem Wege der Gefährdung zu regeln. 2. Der Arbeiter tag spricht seine Überzeugung dahin aus, daß es eine kaum lösbare Aufgabe sei, die Gewerbetreiben auf einmal durch ein umfassendes Gesetz zu ordnen. Die Aufgabe ist daher schrittweise zu lösen, und zwar in der Weise, daß a) durch Schaffung von Berufsgenossenschaften und korporativen Räten und unter strenger Aufsicht der Organisation der Arbeiter und der Gewerbetreibenden der Boden hergestellt wird, auf welchem die gegenseitige Verbindung der Gewerbetreibenden vor sich gehen und die Industrie- und Selbsterziehung erlangen kann, b) der vorhandene Anhang der Gewerbetreibenden, der im Fabrikgesetz von 1877 liegt, den Verhältnissen entsprechend weitergebildet wird und c) auf dem Boden der Berufsgenossenschaften Verordnungen und mit Rücksicht auf die sich unter unseren Augen vollziehende Umwandlung des Kleinhandels in die Industrie auch die übrigen Gewerbe einer geordneten Regelung unterstellt werden. 3. Der Arbeiter tag erklärt sich daher mit den aufgestellten Grundsätzen der Organisation von Berufsgenossenschaften (Theilen von Gravelich und Gornay) und die Erweiterung der Fabrikgesetzgebung (Ausschlag Decurtius und Scherrer), besonders auch mit der Forderung des zehnstündigen Normalarbeitstages einverstanden. Er beauftragt die Behörden des Arbeiterbundes, besonders die geeigneten Schritte zu thun, um den gewünschten Reformen zum Durchbruch zu verhelfen.

Ferner erneuerte der Arbeiter tag den Vorstand des, seine Grundzüge abgebenen Arbeiterbundes, modifizierte die Statuten desselben, sprach die Erwartung aus, daß bei künftigen Internationalen Konferenzen, wo die Frage des Arbeiterbundes behandelt werde, der Bundesrat auch Vertrauensmänner der Arbeiterschaft entsenden werde, und schloß mit Bezug auf die Demonstration des 1. Mai folgende Resolution:

Die Internationalen Arbeiterschaft der verschiedenen Parteien, am 1. Mai Arbeiter tag in Wien vertreten, erklärt hiermit ihre volle und ganze Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterschaft der ganzen Welt. — Sie bekundet ihre lebhafteste Freude über die großen Erfolge, welche die Sache der Arbeiter in jüngster Zeit errungen und über die wachsende Erkenntnis in den soz. höheren Kreisen, daß die Arbeiterfrage eine Frage der Kultur und der Weiterentwicklung der Menschheit ist. — Der allgemeine Arbeiter tag lebt der Hoffnung, es möchten alle Arbeiter des Landes am 1. Mai 1890 ihre Gefühle und Gedanken vereint mit ihren Genossen diesseits und jenseits des Ozeans für einige Stunden auf die Zukunft lenken und ihre erstrebenswerten im Interesse der Völker liegenden Ziele neu und bestimmt in's Auge fassen, um damit die Einigkeit und Festigkeit des Willens aller Menschen zu befestigen und neuen Mut und Kraft für die kommenden Kämpfe zu sammeln. Im Nachhinein betrachtet es der allg. Arbeiter tag nicht als seine Aufgabe, dem Einzelnen Vorschriften zu machen, wie er dem 1. Mai seine Weisheit geben wolle. Er will es der freien Entscheidung jedes Arbeiters überlassen, ob er bei seiner gewöhnlichen Arbeit, im Schooße der Familie oder im Kreise gleichgültiger Fremde, ob er durch öffentliche Kundgebung oder stille Zurückziehung in sich selbst, durch Geldspende zu Arbeiterwochen oder in irgend einer Form sein inneres Bedürfnis bescheiden oder seiner Anschauungsweise Ausdruck verleihen will.

Der Satz von der stillen Zurückziehung in sich selbst ist recht unglücklich gewählt. Mit Recht bemerkt in Bezug auf ihn der Wiener „Arbeiterfreund“: „Mit stiller Zurückziehung imponiert man in Fragen des öffentlichen Lebens keinen Menschen.“ Indes in einer aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzten Versammlung muß man auf solche Zurückzieher nicht Rücksicht nehmen. Im Großen und Ganzen aber darf man auch als Sozialdemokrat mit dem stillen Arbeiter tag wohl zufrieden sein. Verschiedene seiner Beschlüsse sind wirklich gut, und als zusammenschließender Fund der Arbeiterfrage des Landes hat er jedenfalls den Fortschritt der Arbeiterbewegung Nutzen gebracht, wenn er auch nicht so schnell vorwärts marschiert, als wir Sozialisten es wünschen möchten. Nach wie vor werden die Genossen lächlig am Aufklärungswerk zu arbeiten haben, aber sie dürfen aus dem Verlauf des Wiener Arbeiter tages die ermunternde Gewißheit schöpfen, daß ihre bisherige Arbeit keine vergebliche war.

Über den Kongreß des Gewerkschaftsbundes etc. in nächster Nummer.

Die Reaktionen haben sich von der zerstückelnden Niederlage des 20. Februar noch immer nicht erholt. Staats, Gesellschaft, Himmel und Erde — Alles ist verloren, wenn nicht rechtzeitig ein Retter erscheint, der die Hydra der Sozialdemokratie mit den Puttkamer'schen Kanonen todschlägt, oder nach Schmolzer'schem Rezept in die Fieberkolonien auf die todende Gaskolonne schüttet, und — natürlich — das allgemeine Wahlrecht, diese Quelle alles Übels, aus dem Weg räumt. Wir sagen: nach dem Schmolzer'schen Rezept; eigentlich ist das Rezept ja schon ziemlich alt, aber kein ausländischer Reusch wollte die Vaterkraft des ruppigen Dings übernehmen — sogar das edle Bruderpaar Bismarck-Puttkamer hatte beim Verpatierungsgeläch einen distinkten Scepter über die Fieberkolonien gehalten. Einem deutschen Professor (H—, Sänger und Professor) kann man immer für Geld haben, sagte der alte Ernst August von Hannover, war es vorbehalten, seinen Namen unter das Schmolzer'sche Rezept zu setzen. Und der Professor ist der bekannte Erzstabschirurg Schmolzer. In seinem „Jahrbuch“ sagt er:

Entweder muß man auf die Ausweisungsbefugnis — verzichten, oder sie in eine Internierung oder Verbannung nach bestimmten Orten, etwa nach einer deutschen Kolonie, verwandeln. Wie sollen doch nicht vergessen, daß alle freien Staaten des Altertums nicht ohne ein solches Verbannungsrecht auskamen. Wer dem heutigen Staate als Todfeind gegenübertritt und das behält, der wird durch eine revolutionäre, an die Gewalt appellierende Agitation, dem bracht er dazu nicht die freie Bahn und Gelegenheit einzuräumen; er wird ihn nicht wie einen gemeinen Verbrecher ins Justizhaus stecken dürfen, er wird die Verbannung in eine Kolonie nie unter ganz bestimmten Rechtsanklagen, in ganz seltenen Fällen eintreten lassen dürfen, er wird für die wirtschaftliche Existenz des Betroffenen und seiner Familie sorgen müssen; aber es ist nicht einzusehen, warum eine solche Verbannung nicht in jeder Beziehung der Ausweisung vorgezogen wird; sie ist kaum härter, viel wirksamer und vermeidet alle die Einwände, welche von der Majorität des Reichstags gegen diese geltend gemacht wurden.

Herr Schmolzer ist, kaum daß dieser Artikel die Presse verlassen, von Herrn Sobolewsky als Strafpresse nach St. Petersburg berufen worden.

In Wien haben während der Oster-Festtage in den Vororten Kienker'sfeld und Ottakring Tumulte stattgefunden, die schließlich zur Demolierung von Häusern und Verhaftung der Ladendiebstahl, soweit dieselben Juden waren oder von den Tumultuanten dafür gehalten wurden, führten. Das Charakteristische an diesen Ereignissen, über welche die Tagespresse ausführlich berichtet hat, ist, daß sie ihren Ausgang nahmen in einem Konflikt zwischen freireisenden Arbeitern (Maurern) und der Polizei, die die Greiven in der Ausübung des Rechtes der friedlichen Versammlung in jeder Weise diskreditiert und sie mit ungeheurer Brutalität aufeinander zu treiben gesucht hatte. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß auch in den Aedern der Arbeiter die Wut zu lodern begann und sie den Polizisten, die sich als Gehubne ihrer Ausbeuter gebeketen, Widerstand entgegensetzten. Bei ruhiger Überlegung hätten sie vielleicht anders gehandelt.

Wie dem nun aber auch sei, die Polizei requirierte Militär, es kam zu blutigen Zusammenstößen und im Verlauf derselben zu den oben erwähnten Erfolgen. Das Charakteristische — das kam für uns durchaus nicht Ueberraschendes — ist nun Folgendes: — Den Kampf gegen die Polizei hatten die Arbeiter — man kann nicht sagen eröffnet, aber doch aufgenommen, dagegen sind diesmal alle Berichte darüber einig, daß an den Demonstrationen etc. die Arbeiter absolut keinen Antheil hatten, daß hier nämlich ein neues Element in Aktion getreten war: halb-willkürliche Parteien, geführt von dem verkommenen Abhub der Großstadt. Diese legten in ihrer Weise den Kampf fort, was zur Wirkung hatte, daß sich die Arbeiter nimmermehr fast ganz von ihm fernhielten. Natürlich wurden Polizei und Militär der rohen Gesellen schnell Meister.

Verschiedene Wiener Volksblätter deuteten diesen Anlaß, gegen die Mai-Demonstration der Arbeiter Stimmung zu machen. Sie lobten die Arbeiter, daß sie an keinen Straußeln nicht theilnahmen, „fürchten“ aber, daß die Arbeiter nicht im Stande sein werden, jene

Elemente fernzuhalten, welche in den erwähnten Vororten, „plündern, raubten und Feuer legten“.

Thun antwortet die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, und diese Antwort trifft auch nachträglich die Regierung, die, wie der „Telegraph“ meldet, die Abhaltung aller Demonstrationen am 1. Mai verboten hat:

Wir müssen doch die Herren recht dringend bitten, sich nicht unsern Kopf zu zerbrechen. . . . Wir verkürzen uns aber auch, wenn sie es wünschen, daß wir allein recht gut im Stande sein werden, jene „Elemente“ fernzuhalten, welche „Nähegen ein Lebensbedürfnis“ sind; nicht das kleinste Hindernis sollen wir für sie sein, wenn sie eine Feuerschleife zertrümmert werden, wenn —

In ein „Wenn“ gibt es allerdings! Und wir selbst sind in die Form einer Bitte, einer recht inständigen Bitte an die Behörden, vor allem an die Polizei, um unseren Sicherheitsdienst an jenem Tage selbst besorgen lassen zu wollen und den ohnehin so schlecht bezahlten Wachmännern vielleicht einen Tag Ruhe zu gönnen.

Wir wagen zu behaupten, daß auch bei den Ereignissen dieser Tage so Manches hätte vermieden werden können. Verührend haben die zum Einschreiten genötigten Autoritäten auf keinen Fall gewirkt. Man trieb Sonntags friedlich von der Versammlung beim Schwender über die Schmelz heimkehrende Arbeiter mit unadhöriger — Kraftanwendung auseinander und gab damit den halbwüchsigen Strajungeln Anlaß zum Hakt, das erst jene Elemente wackeln, welche jetzt den Anhang als Mittel zum Hervordringen von Gräueln bei den Speichern dienen.

Und weiter schreibt die „Arbeiter-Zeitung“:

Für die Arbeiter können die Ereignisse in den westlichen Vororten aber in jedem Falle eine Lehre sein. Sie zeigen ihnen, welche Klippen sie in den nächsten Wochen zu umschiffen haben. Wir brauchen sie nicht zu erinnern, seine Anschuldigungen zu begeben, da sie, wie alle Berichte übereinstimmend erzählen, an denselben nicht theilhaftig sind, oder, wie wir annehmen, nur in ganz verhältnismäßigem Maße. . . . Die Ereignisse dieser Tage haben uns aber wohl gezeigt, was zu vermeiden ist. Jeder Arbeiter wies am 1. Mai seinen feinen Polizisten in der Brust tragen müssen. Und wir sind davon überzeugt: das Zielbewußtsein und die Begeisterung unserer Genossen werden die beste Sicherheitsbehörde bilden und die andere überflüssig machen. Diese beiden Dinge werden den Genossen die Macht geben, alles zu verhindern, was auch nur den Schein einer Ausbreitung auf sich haben könnte, sie werden auf Provokationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, nie und nimmer eingehen, und so den 1. Mai zu einem würdigen historischen Gedächtnistage formen.

Wir können das nur unterschreiben.

— Aus der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbewegung.

Am 7. April sagte in Bochum ein von 18 Delegirten bestehender Bergarbeiter-Vereins-Delegirten tag, um zu den auf verschiedenen Gebieten ausgedehnten Streiks Stellung zu nehmen. „Froh kommunistische Arbeiter“, heißt es im Bericht der „Frankfurter Ztg.“, „sprach sich für sofortige Wiederaufnahme der Arbeit aus, wohl solche partielle Ausstände nichts Nützen und ein allgemeiner Streik nicht genügend vorbereitet sei. Wenn ein „Kendendorff“ ist u. A. mit, daß fast allen Delegirten über die Abkehr durch die Polizei ins Auge gebracht worden sei. Boh-Hannover II. ist, nach seiner Angabe, seit 28 Jahren Bergmann und seit 11 Jahren auf dieser Erde, als Delegirter entlassen und mit 3 Gensdarmen von der Jagd weggejagt worden. Der Direktor habe erklärt, nur mit jedem einzelnen Arbeiter verhandeln zu wollen. Sie, die Delegirten, hätten am Freitag die Gefährdung der Arbeit angehalten, was am Sonntag als erfolgt sei. Trotzdem seien sie ohne Weiteres entlassen worden. Kruse-Kendendorff bezeichnet die nächste Zeit als kurzen Waffenstillstand. (Vorbereitung des) Westertan („Unser Feind“, seit 30 Jahren Bergmann) ist gemäßigter, weil er das Deputirtenamt nicht niederlegen wollte; er wohnt die Bergleute vor der Presse. Wenn irgendwo etwa 100 Mann wieder anrufen, so machten die Zeitungen immer schon 300 oder 400 daraus. Bodenroth-Joch „Dannenhalm“ rühmt seine Verwaltung als human und entgegenkommend. Während der Sperrre habe dieselbe Gemäßigter gerne aufgenommen. Hattmann („Frohliche Morgenstunden“) bemerkt, daß der Direktor im Gegensatz zu demjenigen der Joch-Hannover, nur mit den von der Gefährdung bezeichneten Delegirten unterhandeln wolle und als sehr entgegenkommend sich erweise. Lobes-Neu-Herloh erklärte, daß die jetzt streikenden und so im Stiche gelassenen Kameraden in Zukunft nicht mehr folgen würden. Bro-Bam-Welsenkirchen klagte über die Willkür der Direktoren, welche sich jetzt nicht nur auf die Delegirten, sondern auch auf die intelligenten Arbeiter überhaupt ausdehnen. Es sei traurig, daß das Gensdarmen-Regiment im Stiche gelassen werde. Wenn man die nötige Verbindung mit den übrigen Bezirken gehabt hätte, so wäre der allgemeine Streik auf einem bestimmten Tag (5. April?) bereits ausgedbrochen. So aber müsse der Ausstand jetzt wirklich als verfehlt gelten. Er verlange einen bestimmten Zeitpunkt festgesetzt und daß die Gefährdeten sich selbst gegenseitig informieren und nicht durch die fallende Spitze. Die „Spitze“ müsse sich brieflich oder telegraphisch von allen Seiten her auf dem Laufenden gehalten werden. Die Sache dränge immer mehr zur Entscheidung. Auf Joch-Wilhelmine Viktoria“ z. B. habe man den Lohn, statt zu erhöhen, abgedroht (verfügt). Schröder warnte vor einem festen Termin, weil man damit nur die Macht aus der Hand gebe. Mit Bitterkeit im Herzen fügte man sich jetzt der Macht der Umstände, hoffe aber auf baldige Aenderung.“

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute im Schönhofe zu Bochum tagende Delegirtenversammlung beschließt, den im Auslande befindlichen Bergarbeitern zu empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen, die bis jetzt erwähnten Forderungen für die Folge beizubehalten, gleichwohl ob sie auf der Joch-Welsenkirchen arbeiten oder nicht (bezu. gemäßigter sind), sodann eine Spitze zu bilden, bestehend aus einem Vorsitzenden und einem Schriftführer, an welchen sämtliche Berichte einzusenden sind. Diese Spitze hat anzuordnen, daß Kreisversammlungen gewählt werden, auf deren die Forderungen durch die Forderungsgremien neu stellen zu lassen, sowie die Direktoren aufzufordern, sämtliche durch die Lohnbewegung entlassenen Delegirten und Arbeiter sofort wieder aufzunehmen.

Wir bezweifeln nicht, daß dieser Beschluß unter den obwaltenden Umständen das Vernünftigste war. Aber da es — wie wir oben den zeitweiligen Bericht auf Durchführung der Lohnbewegung — notwendig wurde, ist die Folge der schändlichen Vötherei der Ultramontanen, die sich nicht gekümmert haben, im Partei-Interesse die Spaltung in die Bewegung hineinzutragen, und alle Mittel der Bearbeitung daran zu setzen, dem unabhängigen Verband der Bergleute einen am Renkeil der Kirche trabenden entgegenzusetzen. Wir kommen auf dieses Thema gelegentlich noch zurück und registriren heut nur noch folgende weitere Beschlüsse der Konferenz:

Als Sitz der „Spitze“ wurde Welsenkirchen gewählt, zum Vorsitzenden Schröder-Dortmund (der bekannte Kaiserdelegirte) und zum Schriftführer Hanninghaus-Welsenkirchen. Der scherzhafte Vorschlag, schließlich der Bericht, den christlich-sozialen Weber zu wählen, verursachte großes Gelächter.

Wir schließen hieran noch folgende charakteristische Meldungen der „Frankfurter Ztg.“:

Dortmund, 7. April. Heute sollte hier eine große Bergarbeiter-Versammlung stattfinden, in welcher der Bergmann Schröder, der ehemalige Kaiserdelegirte, sprechen wollte. Es sollte sich namentlich um Forderungen handeln, welche die Gefährdung der Arbeit durch die Polizei und die Verhaftung derselben betrafen. Die Polizei hat diese Versammlung jedoch ohne Angabe von Gründen verboten. Das gleiche war mit einer Versammlung des Vereins für volkshilfliche Maßnahmen der Fall und einer solchen, in der über den achtstündigen Arbeitstag beraten werden sollte. Seit 14 Tagen sind hier überhaupt Versammlungen, in denen es sich um die Lohnfrage handelte, ohne Weiteres verboten worden.

Dortmund, 8. April. Der Ausstand der Bergleute ist zu Ende, es juckt zwar noch hier und da, aber die Sache hat nichts mehr auf sich. Heute haben die Bergleute, dem gestern in Bochum gefassten Beschlusse folgend, im ganzen Welsenkirchener Reviere die Arbeit wieder aufgenommen. Im Dortmunder Reviere feierten heute theilweise noch die Joch-Neu-Herloh und Hamburg. Der größte Theil der Geh-

enden war nämlich zwar zur Grube gekommen, mußte sich jedoch vorher bei dem Betriebsführer melden, und, weil er „unlänglich“ gefehlt hatte, einen weiteren Tag feiern. Morgen werden die Leute anfahren.

Nun, die Bergleute werden sich hoffentlich die gemachten Erfahrungen zur Lehre dienen lassen und zunächst alles aufbieten, die Einheitslosigkeit der Bewegung wiederherzustellen. Je eher dies geschieht, um so eher werden sie in der Lage sein, dem Unternehmertum ihre Bedingungen zu diktiert.

Ein recht verständiges Urtheil hat neulich ein Gerichtshof in Erfurt gefaßt. Wegen Verübung groben Unfugs durch die Presse waren hiesiger der Schneidermeister Wälder und Genossen angeklagt. Sie hatten in der Thüringer Tribüne aufgefodert, Restaurationen zu meiden, wo Schmelzliches und Teichmann'sches Bier verkauft würde. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten frei, indem er in der Urtheilsbegründung ausführt, daß der § 360 zwar sehr behärdlich, aber auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar sei. Die öffentliche Ordnung sei nicht gefährdet gewesen, auch sei Niemand ungebührlich belästigt, weder eine bestimmte Person, noch bestimmte Kreise der Gesellschaft.

Dieses freisprechende Urtheil ist zugleich eine entscheidende Beurtheilung der in Bochum, gegenwärtig hiesigen, Droh- und Verhöhnung der Kaufleute zum Boykott, insbesondere aber die bloße Theilnahme der Thatsache, daß der oder jener Gastwirth der Sozialdemokraten keine Lokalität verweigert, als groben Unfug zu bestrafen, und zwar in der Regel gleich mit Gefängnis. Die hiesige „Justiz“ steht eben unerreichbar da in Deutschland, was Kleinlichkeit und Verschlingung abtödtet.

Noch ist die Arbeiterfreundlichkeit der „neuen Herrschaft“ nicht über das Stadium der Verpöndung — und was für bescheidener Verpöndungen oben bereits — hinaus, und schon wimmert und jammert und zetzt es in den Reihen des Ausbeuterthums, als ob ihm wirklich die Lebensadern unterbunden werden sollten, als ob bereits der ganze herrliche Gesellschaftsorganismus, dessen Wohlgefallen ebendem nicht genug rühmen konnten, unterbunden sei. Man höre z. B. folgendes Zusammenfassen der „Konkurrenz der Arbeiter“:

Man gewinnt jetzt bisweilen den Eindruck, als ob unsere Reformfähigkeit einen etwas einseitigen Zug zu tragen beginnt und über allen Bemühungen um das Wohl des Arbeiters die Sorge um die Erhaltung der Kräfte, die wir als zuverlässige Stützen des Staats- und Gesellschaftsorganismus besitzen, insbesondere um den Bauern- und Handwerkerstand und ihre Bewahrung vor Verfall, ein wenig in den Hintergrund tritt. . . . es wäre verhängnißvoll, wenn der ruhige und standfeste Bürger und Bauer, auf den ohne ungleichmäßige Erleichterung, Fülge der Verfallungsgefahr, der durch die Streiks herbeigeführten Verdrückungen etc. Auf auf den Luft, sich als Stützpunkt, hinter den unruhigen Elementen zurückgeflüchtete Stilles zu finden anfänge. Und vergessen wir nicht, daß die Unruhe, welche jetzt die Interessen der Arbeiter trägt und eine Verärgerung des Juges nach der Stadt veranlaßt, wofür wir nicht ernstlich zu bedauern, die Verantwortung nicht mit einem starken Rückschlag treffen wird.

O ja, was sollte aus unserer heiligen Staats- und Gesellschaftsordnung, was sollte aus ihrer herrlichen Blüthe, dem Landprogenium werden, wenn der Arbeiter nicht mehr zwischen Heberarbeit und Arbeitlosigkeit als wehrloser Spielball hin- und hergeworfen würde? Uebrigens, es wäre der Weltuntergang!

Der Humor hat auch sein Recht, und so können wir denn

nicht umhin, nachträglich von einem prächtigen Witz Notiz zu nehmen, den Bismarck's Leib-Plünder am 1. April, dem Geburtstag seines Herrn, verübt — nein, setzen wir gerade, in seinem Blatt zum Abend gebracht hat. In einem, dem, ach, so ungern gegangenen Kanzler gemachten Vorkaufsartikel wird mit Weidenbitternane ausgeführt, wenn es in der Weltgeschichte einen Mann gebe, mit dem Bismarck verglichen werden könne — thatsächlich kommt JSM natürlich keiner gleich — so sei das am ehesten noch Stillsch gewesen, der berühmte Staatsmann des weströmischen Reiches. Und angeordnet heißt es weiter: „Wie stehen zu Gott, daß wir den Verlust unseres getreuen Offiziers nicht so theuer bezahlen müssen, wie einst Rom den Fall seines Vretters.“

Wahrscheinlich, nicht wahr? Aber nun kommt das Beste. Warum gerade Stillsch? fragt der Leser. Die „Kreuzzeitung“, die trotz der Abschweifung ihres Hammerschein jetzt ihren Weizen blühen sieht, bekam es sofort heraus und legte, wie folgt, los:

Was für eine Aehnlichkeit zwischen dem heutigen Deutschen Reich und seiner politischen Lage und der des in den letzten Todestagen liegenden weströmischen Reiches vom Jahre 408 besteht soll, ist nicht leicht ebenso unklar, wie der ganze Vergleich zwischen dem Fürsten Bismarck und Stillsch. Hat sich der Verfasser desselben dabei nicht gedacht, weil er von dem, was Stillsch war und wie er erbetet, nichts wußte, so mag seine Unkenntnis die fast freche Thorei seines Vergleichs zur Noth entschuldigen. Kennt er aber wirklich die Geschichte Stillsch's und seines Endes — er wurde bekanntlich am Beschlusse des jungen Kaisers Honorius, der ihn in Verachtung haßte, er krebe für seinen Sohn Eucherius nach der Kaiserkrone, ermordet — so haben wir für die Frechheit dieses an den Haaren herangezogenen Vergleiches gar keine Bedingung.

Ist das nicht töstlich? Daran, daß wir noch nicht so weit sind, daß sich ein Staatsmann vor dem Reich, den Verfasser der frechhellen Kritik mit Anwendung von Zeugniszwang, Handlung und ähnlichen Bismarck'schen Mitteln anzutandeln und zur Rechenschaft zu ziehen.

Der arme, unglückliche Bismarck — nein, Stillsch. Es ist ihm nicht im Traum eingefallen, eine Dynastie zu gründen, sein Schicksal Herbrod — nicht doch, Eucherius, zum falschen Herrscher zu machen. Aber trotzdem die nicht unvorsichtige Behandlung von Seiten des jungen — Honorius! Den Mann, den der alte Kaiser zum Vormund über den unersbürgerten Thronfolger ernannt, kann doch er sich im Sattel sieht, menschenbürgern — damals ungeheuer es moß er — zu lassen. Da sollen doch wirklich gleich hunderttausend Danbaten — heute nennt man es Repetitionen — dreinfahren!

Ein erfreuliches Wachstum hatte die Organisation der deutschen Metallarbeiter Ende des verflohenen Jahres angenommen. Nach einer durch die Arbeiterpresse gehaltenen Statistik gab es Ende 1888, zur Zeit des Weimarer Metallarbeiter-Kongresses 20 Former-Fachvereine mit circa 2700 Mitgliedern; 13 Klempner-Fachvereine mit circa 1400 Mitgliedern; 31 allgemeine Metallarbeiter-Vereine mit circa 2700 Mitgliedern; 9 Schlosser- und Maschinenbauerevereine mit circa 1600 Mitgliedern; 18 Hellenhauer-Vereine mit circa 600 Mitgliedern, und circa 1000 Mitgliedern in diversen Vereinen. Insummen also circa 9700 Mitglieder. Heute sind zu verzeichnen 40 Former-Fachvereine, 31 Klempner-Fachvereine, 72 allgemeine Metallarbeiter-Vereine, 17 Schlosser- und Maschinenbauerevereine, 34 Hellenhauer-Vereine, 14 diverse Vereine. Die Gesamtanzahl der an 116 Orten in 208 Vereinen organisierten Genossen beträgt über 35.000.

Gravo! Würde das Organisationswerk der Arbeiter überall und stetig gleiche Fortschritte machen.

Und das nennt sich auch Justiz. Aus Würzburg bezichtigten deutsche Blätter:

Bei der Gemeinde der 1. Eskadron des 1. Manntregiments in Bamberg, Philipp Schwab, beim Wachen seines Fisches, die vor-berühmten 7 Striegelstreifen heroorzubringen, sich des verbotenen Gebrauches eines Bajonetts bedient hatte, verurtheilt ihn der Richter über das Bajonetts der Verbe betraute Wizenachmeister Ph. Held aus Reuth, Wk. Forchheim, ein paar berartige Oberleuten, daß das Trommelfell des Ingeniehrs Ohres platze. Dem Wizenachmeister, welcher sich anderen Tages beim Arzt meldete, mußte Held zu, weder dem Arzt noch dem Wizenachmeister etwas von dem Vorfall zu sagen. Wegen Verbrechen des Mißbrauches der Dienstgewalt durch Körperliche Mißhandlung eines Untergeordneten und wegen Anleitung zu einer unrichtigen Meldung unter Anklage gestellt, erhielt er zum Feld lediglich 2 Tage Mittel-

